

A 2017/010

Freital, den 29.05.2017

Gemeinsamer Antrag der unterzeichnenden Stadträte

Entsprechend § 11 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Freital beantragen die unterzeichnenden Stadträte den folgenden Beschlussantrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Stadtrates am 22.06.2017 zu setzen und zur Beschlussfassung zu stellen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die am 18.05.2017 veröffentlichte Studie „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland“ des Göttinger Instituts für Demokratieforschung und die darin angewandten Methoden durch eine unabhängige wissenschaftliche Institution in Bezug auf wissenschaftliches Fehlverhalten überprüfen zu lassen. Über die Ergebnisse der Untersuchung ist der Stadtrat unverzüglich zu unterrichten.

Zur Begründung:

Die durch die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke, beauftragte Studie zum o.g. Thema schließt aus einer geringen Anzahl von Interviews mit sogenannten „Experten“ auf die Situation der gesamten neuen Bundesländer. Die Unterzeichner des Antrags fragen sich, inwieweit sich die durch das Göttinger Institut befragten Personen als „Experten“ auszeichnen. Sollte es sich nicht um Experten handeln, wird bezweifelt, dass die Personenauswahl repräsentativ war. Nachvollziehbare Kriterien in Bezug auf Zufallsauswahl bzw. Stichprobengröße sind für die Unterzeichner nicht erkennbar.

Darüber hinaus entsprechen die durch die Forscher vorgenommenen Versuche, die Interviewpartner zu anonymisieren, nicht den Grundsätzen guter wissenschaftlicher Praxis. Jeder Freitaler, selbst jeder andere Interessierte, ist mittels weniger Recherchen im Internet in der Lage, zu analysieren wie viele Personen beispielsweise für die SPD sowohl im Freitaler Stadtrat als auch im Kreistag unseres Kreises sitzen. Begründet wurde die Anonymisierung der interviewten Personen u.a. mit deren Schutzbedürfnis. Hingegen sind Namen von Personen, über die in der Studie gesprochen wird nicht verfremdet. Das Schutzbedürfnis dieser Personen wiegt für die Forscher aus Göttingen demnach weniger. Augenscheinlich wird in der Studie also mit zweierlei Maß gemessen, was den unwissenschaftlichen Charakter der Studie unterstreicht.

Hinzu kommt die Erwähnung von Umständen innerhalb der Studie, die aus Sicht der Unterzeichner unwesentlich für das Forschungsergebnis sind. Weder die Spaltung der Fraktion „Bürger für Freital“, noch die Tatsache in wessen Salon sich Lutz Bachmann die Haare schneiden ließ, spielen bei der Betrachtung von Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern eine Rolle. Andernfalls wäre die Erwähnung von Lutz Bachmanns Fleischer- und Bäckerladen sowie dessen KFZ-

Beratungsfolge

Sozial- und Kulturausschuss

Technischer und Umweltausschuss

Finanz- und Verwaltungsausschuss

Stadtrat

22.06.2017 0

Werkstatt ebenso von Bedeutung.

Unter anderem diese Gründe sprechen zumindest für Verstöße gegen die Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis wenn nicht gar für wissenschaftliches Fehlverhalten. Die Ostbeauftragte, Iris Gleicke, wird sich aufgrund der inzwischen auch durch die Medien getragenen Kritik an der Studie, demnächst in Ausschüssen des Bundestages erklären müssen.

Unabhängig von den zur Anwendung gekommenen Methoden der Studie sind die darin gemachten Aussagen durch die Unterzeichner dieses Antrags nicht hinnehmbar.

Das durch die Studie vermittelte Bild unserer Stadt Freital und das ihrer Bürger entspricht ebenso wie das vermittelte Bild von Heidenau nicht den Tatsachen. Fakt ist, dass es in Freital seit dem Frühjahr 2015 mehr als eine kritische Stimme in Bezug auf die Asylpolitik des Bundes und der Europäischen Union gegeben hat. Fakt ist auch, dass diese kritischen, jedoch auch aus heutiger Sicht immer noch gerechtfertigten Stimmen, von wenigen Menschen unterschiedlicher politischer Gesinnung für deren jeweilige Zwecke instrumentalisiert wurden. Fakt ist, dass es in unserer Region zu Übergriffen gekommen ist, die durch die zuständigen Behörden verfolgt werden. Fakt ist aber auch, dass diese Übergriffe in Freital die absolute Ausnahme sind!

Die Unterzeichner dieses Antrags stellen sich entschieden gegen die Brandmarkung unserer Stadt, unserer Region und der hier lebenden Menschen. Wir stellen uns hinter die Freitaler Bürger und setzen uns dafür ein, dass das Bild Freitals in der Öffentlichkeit wieder gerade gerückt wird. Die Freitaler Bürger sind nicht die Sündenböcke für die Fehler in der Asylpolitik.

Wir fordern deshalb alle Stadträte auf: stellen Sie sich hinter diesen Antrag und damit ebenso hinter Freital und seine Bürger.

Finanzielle Auswirkungen:

Eventuell entstehende Kosten sind aus dem Haushaltsbudget für Beratungsleistungen des Oberbürgermeister zu decken (Produkt: 111102 Konto: 443106).




















